Deutscher Bundestag
9. Wahlperiode

Drucksache 9/2078

05. 11. 82

Fragen

für die Fragestunde der Sitzung des Deutschen Bundestages am Freitag, dem 12. November 1982

Verzeichnis der Fragesteller

Abgeordneter	*Nummer der Frage*
Antretter (SPD)	51, 52
Auch (SPD)	25, 26
Austermann (CDU/CSU)	112, 113
Berschkeit (SPD)	8, 9
Biehle (CDU/CSU)	33, 34
Böhm (Melsungen) (CDU/CSU)	47, 89
Börnsen (SPD)	1
Catenhusen (SPD)	69, 94
Clemens (CDU/CSU)	45, 46
Collet (SPD)	58, 59
Conradi (SPD)	56, 57
Dr. Czaja (CDU/CSU)	2, 3
Feile (SPD)	6, 7
Dr. Friedmann (CDU/CSU)	32, 50
Gansel (SPD)	17, 18
Dr. von Geldern (CDU/CSU)	74, 75
Gilges (SPD)	72, 73
Grunenberg (SPD)	19, 20
Herberholz (SPD)	44, 93
Hinsken (CDU/CSU)	16
Hoffmann (Saarbrücken) (SPD)	97, 98
Jungmann (SPD)	36
Klein (Dieburg) (SPD)	30, 53
Dr. Klejdzinski (SPD)	40, 41
Kretkowski (SPD)	61, 62
Dr. Kübler (SPD)	54, 78
Kuhlwein (SPD)	101, 102
Dr. Laufs (CDU/CSU)	79, 80
Leuschner (SPD)	95, 96
Löffler (SPD)	91
Marschall (SPD)	99, 100
Menzel (SPD)	38, 39
Oostergetelo (SPD)	35, 42
Paterna (SPD)	83, 90
Pauli (SPD)	5, 27
Poß (SPD)	12
Dr. Riedl (München) (CDU/CSU)	23, 24
Rossmanith (CDU/CSU)	21, 22
Schäfer (Offenburg) (SPD)	63, 64
Schätz (SPD)	84
Frau Schmidt (Nürnberg) (SPD)	107, 108
Dr. Schöfberger (SPD)	14, 15
Schreiner (SPD)	28, 29
Schröder (Hannover) (SPD)	87, 88
Dr. Schwenk (Stade) (SPD)	13, 81
Sielaff (SPD)	70, 85
Dr. Sperling (SPD)	4, 82
Dr. Spöri (SPD)	31, 55

Verzeichnis der Fragesteller

Abgeordneter	*Nummer der Frage*
Stiegler (SPD)	60, 86
Stockleben (SPD)	10, 11
Stutzer (CDU/CSU)	48, 49
Thüsing (SPD)	105, 106
Vogelsang (SPD)	109, 110
Vosen (SPD)	68, 92
Walther (SPD)	65, 66
Weiß (CDU/CSU)	71
Weisskirchen (Wiesloch) (SPD)	103, 104
Frau Weyel (SPD)	43, 111
Frau Will-Feld (CDU/CSU)	76, 77
Würtz (SPD)	37, 67

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen .	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	6
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung .	7
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	7
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit	8
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr	9
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes . .	12
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	12
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	13
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	14
Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen	15
Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie .	16
Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft .	17

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

1. Abgeordneter **Börnsen** (SPD)

Ist es zutreffend, daß es der Bundesgerichtshof abgelehnt hat, etliche Unrechtsurteile aus dem Dritten Reich gegen Widerstandskämpfer, so gegen Mitglieder der Weißen Rose, aufzuheben und die damals „Verurteilten" zu rehabilitieren, und beabsichtigt die Bundesregierung bejahendenfalls, eventuell notwendige rechtliche Voraussetzungen für eine Rehabilitation zu schaffen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

2. Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß alle Verfassungsorgane, Behörden und alle, die amtliche Funktionen – auch im Schulbereich – ausüben, im Sinne ihrer Verpflichtung zu verfassungs- und gesetzesgemäßem Handeln darauf hinwirken müssen, die „nationale und staatliche Einheit" ganz Deutschlands zu wahren (erster Präambelsatz des Grundgesetzes, bekräftigt durch das Wahrungsgebot des Bundesverfassungsgerichts), weil nur das ganze deutsche Volk in freier Entscheidung und Selbstbestimmung (Artikel 146 des Grundgesetzes) anders entscheiden kann?

3. Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die Verfassungsorgane und – im Rahmen verfassungs- und gesetzesgemäßen Handelns – auch alle Ämter und öffentlichen Stellen „von der im Grundgesetz verankerten Existenz Gesamtdeutschlands mit einnem deutschen (Gesamt-)Staatsvolk und einer (gesamt-)deutschen Staatsgewalt auszugehen" haben und die Bezeichnung „deutsche Nation", die eine Klammer für Gesamtdeutschland ist, als „Synonym für das ‚deutsche Staatsvolk' " zu benützen ist (vgl. BVerfGE vom 31. Juli 1973)?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

4. Abgeordneter **Dr. Sperling** (SPD)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß der Subventionsaufwand pro Wohnung bei der Errichtung von öffentlich geförderten Mietwohnungen in Verdichtungsgebieten zu hoch ist, und ist sie bereit, zur Vergrößerung des Mengeneffekts bereits in dem von ihr geplanten Programm zur Verstärkung des Mietwohnungsbaus in Verdichtungsgebieten auf eine Umstrukturierung der Fördermethoden hinzuwirken?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

5. Abgeordneter **Pauli** (SPD)

Sind der Bundesregierung Hinweise bekannt, wonach die Metro GmbH neben ihren bisherigen Anteilen über eine Schweizer Bank weitere 26 Prozent des Aktienaufkommens an der Kaufhof-AG erworben hat, und wie beurteilt die Bundesregierung hierbei die Möglichkeiten der Fusionskontrolle?

6. Abgeordneter **Feile** (SPD)

Wie lauten die Schätzungen für das nominelle Bruttosozialprodukt der Jahre 1982 und 1983 in absoluten Zahlen (Milliarden) und in Zuwachsraten, die der interministerielle Arbeitskreis für gesamtwirtschaftliche Voraussetzungen beim Bundeswirtschaftsminister im Mai 1982 und im Oktober 1982 durchgeführt hat?

7. Abgeordneter **Feile** (SPD)

Welchen Anteil hat die Entwicklung des Exports an der Korrektur der Schätzwerte im Oktober 1982 für das nominelle Bruttosozialprodukt der Jahre 1982 und 1983?

8. Abgeordneter **Berschkeit** (SPD)

Welche Maßnahmen wird die Bundesregierung ergreifen, um die jährliche Fördermenge von ca. 92 Millionen Tonnen Steinkohle im Rahmen der von der Bundesregierung bestätigten Kohlevorrangpolitik mittel- und langfristig sicherzustellen?

9. Abgeordneter **Berschkeit** (SPD)

Hat die Bundesregierung dabei die Absicht, den Förderanteil des Aachener Steinkohlenreviers an der Gesamtförderung im bisherigen Umfang zu gewährleisten?

10. Abgeordneter **Stockleben** (SPD)

Welche Großbaustellen von Kohle-, Kern- und Wasserkraftwerken bestehen zur Zeit in der Bundesrepublik Deutschland?

11. Abgeordneter **Stockleben** (SPD)

Bei welchen weiteren Großbaustellen von Kohle-, Kern- und Wasserkraftwerken ist mit einem Baubeginn bis zum Ende des kommenden Jahrs zu rechnen?

12. Abgeordneter **Poß** (SPD)

Kann die Bundesregierung die Untersuchung der Bürgerschaftsbank Baden-Württemberg GmbH über „Pleiten-Ursachen" vom Sommer dieses Jahrs bestätigen, wonach 45 v. H. aller Pleiten im persönlichen Bereich der Unternehmer begründet liegen, weitere 40 v. H. auf unternehmerische Fehlleistungen zurückzuführen und 15 v. H. strukturbedingt seien?

13. Abgeordneter **Dr. Schwenk (Stade)** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, sich aus regionalpolitischen Gesichtspunkten gegenüber dem Konzern Messerschmidt – Bölkow – Blohm dahin gehend einzusetzen, daß im Werk Stade getätigte und vorbereitete Investitionen dort jetzt und in Zukunft genutzt und damit Arbeitsplätze erhalten werden?

14. Abgeordneter **Dr. Schöfberger** (SPD)

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, die von der Agfa-Gevaert AG beabsichtigte Stilllegung des Agfa-Camera-Werks München mit 3200 Beschäftigten, die damit verbundene erhebliche Zahl von Arbeitslosen in der Region München, sowie die Folgen für mittelständische Zulieferindustrie und Einzelhandelsgeschäfte abzuwenden?

15. Abgeordneter **Dr. Schöfberger** (SPD)

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, bei der Agfa-Gevaert AG auf die Einhaltung der Vorschriften über die unternehmerische und die betriebliche Mitbestimmung der Arbeitnehmer im Zusammenhang mit der beabsichtigten Stillegung des Agfa-Camera-Werks München zu drängen?

16. Abgeordneter **Hinsken** (CDU/CSU)	Wie wirkt sich die Erhöhung der Mittel für die Gemeinschaftsaufgabe „Förderung der regionalen Wirtschaftsstruktur" auf Ostbayern aus?
17. Abgeordneter **Gansel** (SPD)	Ist der Bundesregierung bekannt, daß während des auf Initiative Großbritanniens zustandegekommenen Waffenlieferungsembargos gegenüber Argentinien für die in der Bundesrepublik Deutschland im Bau befindlichen argentinischen Kriegsschiffe weiterhin Zulieferungen britischer Firmen an den deutschen Hersteller erfolgt sind?
18. Abgeordneter **Gansel** (SPD)	Hat es auf Grund des Waffenlieferungsembargos gegenüber Argentinien beim Bau der für Argentinien bestimmten Kriegsschiffe Verzögerungen und gegebenenfalls Schadenersatzforderungen gegeben, und wer haftet für diese?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

19. Abgeordneter **Grunenberg** (SPD)	Wie beurteilt die Bundesregierung die Aussichten für das Zustandekommen einer gemeinsamen EG-Fischereipolitik, und welche Haltung nimmt die Bundesregierung gegenüber den besonderen Wünschen Dänemarks ein?
20. Abgeordneter **Grunenberg** (SPD)	Hält die Bundesregierung die der deutschen Fischerei von der EG-Kommission zugestandenen Quoten für ausreichend, und hält sie nach wie vor an den flankierenden Maßnahmen aus dem Bundeshaushalt zur Sicherung der deutschen Hochsee- und Kutterfischerei fest?
21. Abgeordneter **Rossmanith** (CDU/CSU)	Kann die Bundesregierung Meldungen bestätigen und welche Stellungnahme nimmt sie dazu ein, daß eine Verbrecherorganisation (Mafia) die EG um mehrere Millionen DM betrogen hat (u. a. durch Subventionen für angeblich vernichtete Apfelsinen)?
22. Abgeordneter **Rossmanith** (CDU/CSU)	Trifft es zu, daß dieser Betrug in Zusammenarbeit mit Staatsbeamten durchgeführt wurde, und welcher materielle Schaden ist dadurch entstanden?
23. Abgeordneter **Dr. Riedl (München)** (CDU/CSU)	Welche Kosten sind den deutschen Steuerzahlern durch angebliche Betrügereien entstanden, die von Verbrecherorganisationen der Kasse der EG zugefügt wurden?
24. Abgeordneter **Dr. Riedl (München)** (CDU/CDU)	Welche Vorkehrungen wurden getroffen bzw. werden noch getroffen, um ähnliche Betrugsfälle in Zukunft auszuschließen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

25. Abgeordneter **Auch** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Aussage von Bundesarbeitsminister Dr. Blüm im Deutschen Bundestag am 15. Oktober 1982, „Ich frage Sie nun alle: Was haben die Arbeitslosen von Humanisierung?", und welche Konsequenzen zieht sie daraus für die Zukunft des unter sozialdemokratischer Regierungsverantwortung beschlossenen Programms „Humanisierung der Arbeit"?

26. Abgeordneter **Auch** (SPD)

Hält die Bundesregierung es nicht für zwingend notwendig, daß angesichts von rund 2 500 tödlichen Arbeitsunfällen, 380 000 Zugängen bei Erwerbsunfähigkeit und 21 000 Zugängen bei Berufsunfähigkeit im Jahr 1981 das Programm „Humanisierung der Arbeit" künftig inhaltlich und finanziell gezielt weiterentwickelt wird?

27. Abgeordneter **Pauli** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, zur effektiveren Gestaltung der Arbeitsvermittlung der Arbeitsämter zusätzliche Medien einzusetzen und den Einsatz vorhandener Medien auszuweiten, wie beispielsweise die im Rahmen der sog. computerunterstützten Arbeitsvermittlung eingesetzten Lesegeräte in den Fluren der Arbeitsämter auch an markanten Plätzen und Orten der jeweiligen Arbeitsamtsbezirke einzusetzen, im Rahmen des Fernsprechsonderdienstes offene Stellen und Angaben über Arbeitssuchende bekanntzumachen und für die Arbeitsvermittlung neben dem Rundfunk auch das Vormittagsprogramm des Deutschen Fernsehens zu nutzen?

28. Abgeordneter **Schreiner** (SPD)

Wie hoch ist der Anteil der Arbeitnehmer, die aus gesundheitlichen Gründen vorzeitig aus dem Arbeitsleben ausscheiden müssen, und welches sind die wesentlichen Ursachen?

29. Abgeordneter **Schreiner** (SPD)

In welchen Bereichen der Arbeitswelt und welchen Ausgestaltungen werden über die flexible Altersgrenze ab dem 63. Lebensjahr hinaus Vorruhestandsregelungen und Übergänge in die Rente als Lebensarbeitszeitverkürzung praktiziert?

30. Abgeordneter **Klein (Dieburg)** (SPD)

Gedenkt die Bundesregierung, den § 187 a der Reichsversicherungsordnung (RVO), der durch das 2. Haushaltsstrukturgesetz 1981 eingefügt wurde und der den Leistungsrahmen für Kuren begrenzte, zu ändern mit dem Ziel, den alten Zustand wieder herzustellen und damit die erheblichen Probleme, die sich bei deutschen Kurorten durch einen Rückgang der Besucherzahlen ergeben haben, zu mildern?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

31. Abgeordneter **Dr. Spöri** (SPD)

Treffen die Angaben des Nachrichtenmagazins „Stern" zu, daß im Fall eines Scheiterns der Genfer Verhandlungen im Dezember nächsten Jahres 27 Pershing II für Neckarsulm (Artillerie-Kaserne) und 9 Pershing II für Heilbronn (Badnerhof-Kaserne) vorgesehen sind sowie in Kleingartach bei Heilbronn

eine sogenannte QuRA-Stellung (Quick-Reaction-Alert – ständige Feuerbereitschaft) geschaffen werden soll?

32. Abgeordneter **Dr. Friedmann** (CDU/CSU)

Welches Konzept verbirgt sich hinter dem Transport von Raketen, und werden die dazu notwendigen Sicherheitsmaßnahmen mit den in Frage kommenden deutschen Dienststellen abgesprochen?

33. Abgeordneter **Biehle** (CDU/CSU)

Gibt es Anhaltspunkte für die Annahme, daß Bundeswehrärzte gegenüber dem Fernsehschauspieler Alexander Hehn, der laut Pressemeldungen eine entsprechende Anzeige erstattet haben soll, eine vorsätzliche Körperverletzung begangen haben, und liegen im Fall des genannten Schauspielers Voraussetzungen vor, die die von Herrn Hehn beantragte vorzeitige Entlassung aus der Bundeswehr gerechtfertigt erscheinen lassen?

34. Abgeordneter **Biehle** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß Herr Hehn, der – wie gleichzeitig gemeldet wird – wegen Wehrunwilligkeit am 15. Februar verhaftet und dann doch eingezogen wurde, derzeit für Dreharbeiten vom Truppendienst freigestellt ist, und teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß gegebenenfalls diese Maßnahme einen Verstoß gegen den Grundsatz der Gleichbehandlung darstellt?

35. Abgeordneter **Oostergetelo** (SPD)

Ist es zutreffend, daß sich innerhalb der letzten zwölf Monate die Zahl der „Aberkennungen der Anerkennungen", d. h. der Widersprüche der Bundesrepublik Deutschland gegen Anerkennungen als Kriegsdienstverweigerer vor den zuständigen Ausschüssen deutlich erhöht hat und bejahendenfalls, welche Gründe gibt es dafür?

36. Abgeordneter **Jungmann** (SPD)

In welchem Umfang und zu welcher Zeit haben britische und argentinische Staatsangehörige am Bau der für Argentinien bestimmten Kriegsschiffe mitgewirkt?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

37. Abgeordneter **Würtz** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß in der Bundesrepublik Deutschland ein schwunghafter Handel mit – im Lande sowie in EG-Staaten, insbesondere in Belgien und Holland – geschlachtetem Eberfleisch getrieben wird, obwohl ein Verbot der Verwertung in Kraft ist, und wenn ja, welche Konsequenzen werden daraus gezogen?

38. Abgeordneter **Menzel** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, über welche Wege u. a. Känguruh-, Antilopen-, Maulesel- und bis heute noch nicht definiertes Fleisch in großem Umfang importiert und in der Bundesrepublik Deutschland als Schweine- bzw. Rindfleisch verkauft worden ist (vgl. „Buersche Zeitung" vom 23. Oktober 1982)?

39. Abgeordneter **Menzel** (SPD)

Liegt ein Versagen von Stellen vor, die unmittelbar oder mittelbar dem Verantwortungsbereich der Bundesregierung zugehören, und was gedenkt die Bundesregierung gegebenenfalls zu tun, um derartige Vorfälle zu verhindern?

40. Abgeordneter **Dr. Klejdzinski** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß der Rat der Stadt Enschede (Niederlande) mit Mehrheit beschlossen hat, weiche Drogen (Haschisch, Marihuana) legal an Kleinverbraucher in den dortigen Jugendzentren abzugeben?

41. Abgeordneter **Dr. Klejdzinski** (SPD)

Welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung zu ergreifen, um im Grenzbereich Bundesrepublik Deutschland – Niederlande die Einfuhr sogenannter weicher Drogen zu unterbinden?

42. Abgeordneter **Oostergetelo** (SPD)

Sieht die Bundesregierung die Chance, daß die Entscheidung der Gemeinde Enschede, den Verkauf sogenannter Soft Drugs zuzulassen, zurückgenommen wird, und hat sie Möglichkeiten genutzt, auf die niederländische Regierung Einfluß zu nehmen, daß nicht Entscheidungen wie in Enschede von weiteren Städten des Landes getroffen werden, damit eine Belastung der gutnachbarlichen Beziehungen im deutsch-niederländischen Grenzraum vermieden werden kann?

43. Abgeordnete **Frau Weyel** (SPD)

Wie hoch sind die Folgekosten für das Bundessozialhilfegesetz, die im Fall eines Kahlschlags der Schülerförderung auf die Bundesländer zukommen?

44. Abgeordneter **Herberholz** (SPD)

Steht die Bundesregierung dem Inhalt der Kleinen Anfrage der Abgeordneten Spranger, Kroll-Schlüter, Volmer, Broll, Fellner u. a. und der Fraktion der CDU/CSU (Drucksache 9/1918) positiv gegenüber, und wird sie insbesondere die in Frage 8 angeschnittenen weiteren „Leistungseinschränkungen zu Lasten der Familie, wie z. B. die Kindergeldkürzung von Anfang 1982“ wieder zurücknehmen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

45. Abgeordneter **Clemens** (CDU/CSU)

Was gedenkt die Bundesregierung zu unternehmen, um der unerträglichen Belastung der Deutschen Bundesbahn und dem Bundeshaushalt durch den Schienenpersonennahverkehr in der Fläche in Höhe von mehr als drei Milliarden DM pro Jahr ein Ende zu machen?

46. Abgeordneter **Clemens** (CDU/CSU)

Welche Vorschläge des neuen Vorstands der Deutschen Bundesbahn liegen der Bundesregierung vor, um das immer größer werdende Defizit im Schienenpersonennahverkehr durch eine Verlegung des Verkehrs von der Schiene auf die Straße abzubauen?

47. Abgeordneter **Böhm (Melsungen)** (CDU/CSU)

Besteht die Absicht der Deutschen Bundesbahn, die Bundesbahnschule Bebra im hessischen Zonenrandkreis Bad Hersfeld/Rotenburg zu schließen, und wie beurteilt gegebenenfalls die Bundesregierung diese Absicht unter dem Gesichtspunkt des Zonenrandförderungsgesetzes?

48. Abgeordneter **Stutzer** (CDU/CSU)	Wieviel Arbeitsplätze in Schleswig-Holstein gehen bei der Deutschen Bundesbahn (DB) in den nächsten drei Jahren voraussichtlich durch Rationalisierungen verloren, und wo soll ein Ansatz der hierdurch freiwerdenden Kräfte erfolgen, nachdem das Kräftesoll schon jetzt in allen DB-Bereichen erfüllt ist?
49. Abgeordneter **Stutzer** (CDU/CSU)	Können nicht durch einen praxisgerechten Ausbau der Dienstleistungen (z. B. längere Öffnungszeiten der Fahrkartenschalter und der Annahme für Gepäck und Expressgut) – gegebenenfalls auch über kw-Stellen – sozial nicht gerechtfertigte regionale Umsetzungen verhindert werden, und wie will die Deutsche Bundesbahn künftig ihr Dienstleistungsangebot vor Ort – auch in der Fläche – verbessern?
50. Abgeordneter **Dr. Friedmann** (CDU/CDU)	Trifft es zu, daß der Unfall beim Transport einer Pershing-Rakete, der sich am 2. November 1982 in Malsch-Waldprechtsweier ereignete, auf den schlechten Zustand der amerikanischen Transportfahrzeuge zurückzuführen ist (Versagen der Bremsen, abgefahrene Reifen des Ersatzfahrzeugs u. dgl.), und ist die Bundesregierung zutreffendenfalls bereit, auf die amerikanischen Streitkräfte dahin gehend einzuwirken, daß alle mit diesem Waffensystem zusammenhängenden Techniken modernsten Anforderungen entsprechen?
51. Abgeordneter **Antretter** (SPD)	Wie wird die Bundesregierung der Gefährdung der Bevölkerung durch amerikanische Militärfahrzeuge begegnen, die in den Jahren 1981 bis 1982 allein im Raum Schwäbisch Gmünd sechs Unfälle verursachten und jüngst in Waldprechtsweier ein Menschenleben gefordert haben?
52. Abgeordneter **Antretter** (SPD)	Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, in Verhandlungen mit den zuständigen amerikanischen Stellen zu erreichen, daß die gesetzlichen Vorschriften für die Verkehrssicherheit, die für deutsche Zivil- und Militärfahrzeuge ebenso wie für amerikanische Zivilfahrzeuge gelten, auch auf amerikanische Militärfahrzeuge Anwendung finden?
53. Abgeordneter **Klein (Dieburg)** (SPD)	Ist der Bundesregierung bekannt, daß es in jüngster Zeit durch unbeleuchtete Manöverfahrzeuge der US-Streitkräfte wiederholt zu schweren Unfällen kam, und gedenkt die Bundesregierung auf die Bündnispartner einzuwirken mit dem Ziel, daß auch für Militärfahrzeuge und auch im Manöver die Vorschriften der Straßenverkehrs-Ordnung gelten, wonach Fahrzeuge bei Dunkelheit ausreichend beleuchtet sein müssen?
54. Abgeordneter **Dr. Kübler** (SPD)	Beabsichtigt die Bundesregierung, die Bevölkerung über den schweren Unfall mit einer US-Pershing-I A Atomrakete während eines Straßentransports in der Nähe von Karlsruhe voll aufzuklären, insbesondere ob ein und gegebenenfalls welche Art von Sprengkopf mitgeführt wurde, und welche Maßnahmen wird sie ergreifen, um die Sicherheit der deutschen Bevölkerung bei US-Transporten von Raketen mit Sprengköpfen zu gewährleisten?

55. Abgeordneter **Spöri** (SPD)

Wann gab es bisher in der Bundesrepublik Deutschland seit der Stationierung von Pershing I-Raketen Verkehrsunfälle beim Transport derartiger Raketen, und wie schätzt die Bundesregierung das Transportrisiko ein?

56. Abgeordneter **Conradi** (SPD)

Werden Raketen- oder Giftgastransporte der US-Armee in der Bundesrepublik Deutschland den zuständigen deutschen Behörden gemeldet, und wer ist für die Sicherheit der deutschen Bevölkerung bei solchen Transporten verantwortlich?

57. Abgeordneter **Conradi** (SPD)

Inwieweit unterliegen Fahrzeuge der US-Armee in der Bundesrepublik Deutschland den deutschen Verkehrsvorschriften, insbesondere denen über die Verkehrssicherheit der Fahrzeuge, und wer überwacht gegebenenfalls die Einhaltung dieser Vorschriften?

58. Abgeordneter **Collet** (SPD)

Sind die US-Streitkräfte gehalten, Transporte, wie den verunglückten Transport einer Pershing-Rakete auf der K 3549 bei Waldprechtsweier, der deutschen Verkehrspolizei zu melden und polizeilich absichern zu lassen?

59. Abgeordneter **Collet** (SPD)

Was wird die Bundesregierung unternehmen, um derartige für viele Menschen lebensgefährliche Unfälle in Zukunft auszuschließen?

60. Abgeordneter **Stiegler** (SPD)

Hat die Bundesregierung entsprechend der Entschließung des Unterausschusses für Zonenrandförderung des innerdeutschen Ausschusses vom 15. September 1982 dem Vorstand der Deutschen Bundesbahn (DB) nach dem Bundesbahngesetz Zielvorgaben für die Neuorganisation des Werkstättendienstes dahin gehend gegeben, daß die Bestimmungen des Zonenrandförderungsgesetzes bei allen Neuorganisationsvorschlägen zu beachten und Konzepte vorzulegen sind, die auch ein reduziertes Arbeitsvolumen angemessen verteilen, und wie wurden diese Zielvorgaben vom Vorstand der DB umgesetzt?

61. Abgeordneter **Kretkowski** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß, während der innerdeutsche Schiffahrtsmarkt im Rheinstromgebiet der niederländischen Flotte uneingeschränkt zur Verfügung steht, für deutsche Binnenschiffahrtstreibende eine Teilnahme am innerholländischen Schiffahrtsmarkt so gut wie ausgeschlossen ist, und welche Maßnahmen wird die Bundesregierung ergreifen, um die deutsche Binnenschiffahrt zu unterstützen?

62. Abgeordneter **Kretkowski** (SPD)

Wie steht die Bundesregierung zur Forderung des Bundesverbands der Deutschen Binnenschiffahrt (BdB), die Kabotagefreiheit im größtmöglichen Umfang zu beschränken und als Sofortmaßnahme die Verlegung der in der Außenwirtschaftsverordnung genannten Grenze Dortmund – Hamm an die Eingangsschleusen zum westdeutschen Kanalgebiet durchzuführen?

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

63. Abgeordneter **Schäfer (Offenburg)** (SPD)

Welches sind nach Auffassung von Bundeskanzler Dr. Kohl die „ursprünglichen und wirklichen Aufgaben" des Staates (siehe Regierungserklärung vom 13. Oktober 1982)?

64. Abgeordneter **Schäfer (Offenburg)** (SPD)

Welche konkreten Staatsaufgaben will die Bundesregierung auf welche Weise entsprechend der Regierungserklärung vom 13. Oktober 1982 „zurückführen"?

65. Abgeordneter **Walther** (SPD)

Sieht die Bundesregierung es als gewährleistet an, daß der Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit, Dr. Geißler, für sein Amt als Bundesminister zeitlich in ausreichendem Maß zur Verfügung steht, obwohl er gleichzeitig Generalsekretär der CDU ist?

66. Abgeordneter **Walther** (SPD)

Sieht die Bundesregierung es als mit den Amtspflichten eines Bundesministers, die eine volle Arbeitskraft erfordern, für vereinbar an, daß der Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit sich neben der Ausübung seines Ministeramts auch noch als Generalsekretär der CDU betätigt?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

67. Abgeordneter **Würtz** (SPD)

Denkt die Bundesregierung daran, PLO-Chef Yassir Arafat zu empfangen, und hat Staatsminister Möllemann inzwischen eine Einladung ausgesprochen?

68. Abgeordneter **Vosen** (SPD)

Erlaubt der von der Bundesrepublik Deutschland ratifizierte Vertrag über die Nichtverbreitung von Atomwaffen unsere direkte oder indirekte Mitwirkung am Atomwaffenprogramm Frankreichs, und wie ordnen sich die Konsultationen des Präsidenten der französischen Republik mit dem Bundeskanzler zum Thema „gemeinsame nukleare Verteidigung" hierin ein?

69. Abgeordneter **Catenhusen** (SPD)

Welche Folgerungen zieht die Bundesregierung aus der in „Le Monde" vom 19. Januar 1978 zitierte Äußerung des Generals Thiry vom französischen Atomenergiekommissariat CEA, „Frankreich ist in der Lage, Atomwaffen jeder Art und jeden Kalibers herzustellen; es wird Atomwaffen in großer Zahl zu vergleichsweise niedrigen Kosten produzieren können, sobald Schnelle Brutreaktoren das dazu erforderliche Plutonium reichlich verfügbar machen."?

70. Abgeordneter **Sielaff** (SPD)

Welche Möglichkeiten gibt es für die Bundesregierung, im Einverständnis mit den jeweiligen Regierungen deutsche Nationalitäten in Ost- und Südosteuropa zu unterstützen – insbesondere in ihren legitimen sprachkulturellen Entfaltungen –, und in welcher Weise wurden deutsche Nationalitäten in diesen Gebieten bisher bereits unterstützt?

71. Abgeordneter **Weiß** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß iranische Studenten, die an Universitäten oder Hochschulen in der Bundesrepublik Deutschland studieren und von der Regierung der Islamischen Republik Iran als nicht regierungsfreundlich angesehen werden, keine finanziellen Zuwendungen zur Finanzierung ihres Studiums durch ihre Eltern oder Unterhaltsverpflichteten bekommen können, weil den Eltern oder Unterhaltsverpflichteten die Überweisung von Geldern auf postalischen Weg oder über die Geldinstitute durch die iranischen Behörden unmöglich gemacht wird, und ist die Bundesregierung bereit, wenn dies zutreffen sollte, entsprechende Schritte zu unternehmen, damit dieser Zustand beseitigt wird?

72. Abgeordneter **Gilges** (SPD)

Stellen nach Ansicht der Bundesregierung die Bemühungen des türkischen Generalkonsuls Ilhan Kiciman, auf das Veranstaltungsprogramm der Kulturwoche „Türkei in Köln" wegen der Teilnahme kurdischer Folkloregruppen und – laut Äußerung des Generalkonsuls – „separatistischer, ideologischer und linksgerichteter Gruppen" (Kölner Stadt-Anzeiger vom 8. Oktober 1982), Einfluß zu nehmen, eine Einmischung in innere Angelegenheiten der Bundesrepbulik Deutschland dar, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?

73. Abgeordneter **Gilges** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß der türkische Generalkonsul Ilhan Kiciman an Kölner Lehrer einen Fragebogen verschickt hat, in dem er die türkischen Lehrer auffordert „Informationen über alle Vereine und Moscheen, die in ihrer Umgebung von Türken gegründet wurden" (Kölner Stadt-Anzeiger vom 8. Oktober 1982) mit Namen, Adresse, Telefonnummer, Gründungsdatum, Vorsitzende, Vorstandsmitglieder und politische Richtung der Organisation zu sammeln?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

74. Abgeordneter **Dr. von Geldern** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung den tatsächlichen Stand der von ihrer Amtsvorgängerin seit mehr als fünf Jahren für notwendig erklärten und als teils bereits begonnen, teils jeweils unmittelbar bevorstehend geschilderten Verhandlungen mit der DDR über die Verschmutzung und Belastung von Elbe, Werra und Weser und anderer kleinerer Grenzgewässer, die von seiten der DDR erfolgen?

75. Abgeordneter **Dr. von Geldern** (CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung gemeinsam mit dem Hamburger Senat und den anderen betroffenen norddeutschen Küstenländern Gespräche hinsichtlich der Elbe mit der DDR geführt oder nicht, und gegebenenfalls auf welcher politischen Ebene?

76. Abgeordnete **Frau Will-Feld** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung mit mir der Ansicht, daß die Erstattung von Aufwendungen gem. § 9 Abs. 3 des Lärmschutzgesetzes die Folge der Anerkennung des Verursacherprinzips ist und infolgedessen prinzipiell unabhängig von den für das menschliche Ohr ohnehin nicht wahrnehmbaren Grenzen zwischen den Schutzzonen 1 und 2 erfolgen sollte, und wenn ja, wie kann sie bewirken, daß diese Ansicht bei der Anwendung des Gesetzes beachtet wird?

77. Abgeordnete **Frau Will-Feld** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, wegen Schwierigkeiten in der Haushaltslage, oder bei der Abgrenzung der Zone 2 oder des subjektiven Lärmempfindens die zwingenden Vorschriften des § 6 des Lärmschutzgesetzes in Kannvorschriften umzuwandeln und schon jetzt die Länder zu ermächtigen, so zu handeln, wenn der Entwurf einer Neufassung der Festsetzung des Lärmschutzbereichs eines militärischen Flugplatzes Teile des bisherigen Schutzbereichs 2 herausnimmt?

78. Abgeordneter **Dr. Kübler** (SPD)

Stimmt die Bundesregierung mit der von Ministerpräsident Dr. Albrecht vertretenen Auffassung überein, daß im Gegensatz zur bisherigen Planung an zwei Standorten das Projekt einer Wiederaufarbeitungsanlage weiterverfolgt werden soll, also zwei Wiederaufarbeitungsanlagen errichtet werden sollen, und wie sehen die konkreten Planungen zur Jahreskapazität dieser beiden Wiederaufarbeitungsanlagen aus?

79. Abgeordneter **Dr. Laufs** (CDU/CSU)

Welche Konsequenzen ergeben sich nach Einschätzung der Bundesregierung aus dem Beschluß des Oberlandesgerichts Lüneburg, mit dem der Bebauungsplan für das Brennelemente-Zwischenlager in Gorleben für nichtig erklärt wurde, für die Verwirklichung des deutschen Entsorgungskonzepts?

80. Abgeordneter **Dr. Laufs** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, aus welchem politischen Umfeld die überwiegend vermummten Gewalttäter stammten, die im Zusammenhang mit einer Demonstration am 31. Oktober 1982 gegen die geplante Atommülldeponie Erzgrube Konrad bei Salzgitter randalierten?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

81. Abgeordneter **Dr. Schwenk (Stade)** (SPD)

Ist die Bundesregierung auf Grund der seit langem laufenden Überlegungen bereit, eine 10 DM Umlaufmünze einzuführen?

82. Abgeordneter **Dr. Sperling** (SPD)

Warum beabsichtigt die Bundesregierung, den von ihr geplanten Schuldzinsenabzug für den Bau von selbst genutztem Wohneigentum im Gegensatz zur Regelung beim Bau von vermietetem Eigentum zu begrenzen, und ist die Bundesregierung bereit, diese Begrenzung des Schuldzinsenabzugs auch beim Bau von Häusern und Wohnungen einzuführen, die vermietet werden?

83. Abgeordneter **Paterna** (SPD)

Wann wird die Bundesregierung die Erhöhung der Postablieferung von 6 2/3 v. H. auf 10 v. H. rückgängig machen und damit die fundamentale Kritik der CDU/CSU-Fraktion berücksichtigen, die von Januar bis April 1981 in diversen Erklärungen die Verfassungsmäßigkeit dieser Gesetzesänderung bezweifelte und u. a. von „Telefonsteuer“, zweckentfremdeter „Subventionierung des Bundeshaushalts“ und „Manipulation“ sprach?

Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen

84. Abgeordneter **Schätz** (SPD)

Teilt die Bundesregierung die im Beschluß des Ausschusses für das Post- und Fernmeldewesen vom 11. November 1981 niedergelegte Auffassung, daß von der Deutschen Bundespost alles getan werden soll, um die Inanspruchnahme ortsfester Amtsstellen (Annahmestellen) durch die Bevölkerung zu erhöhen, und wenn ja, welche Planungen und Maßnahmen hierzu hat sie eingeleitet oder wird sie einleiten, um u. a. die vom bisherigen Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen in einem Vortrag vor dem Verwaltungsrat der Deutschen Bundespost am 10. September 1982 geäußerten Vorstellungen zu verwirklichen?

85. Abgeordneter **Sielaff** (SPD)

Sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, 1983 oder 1984 Sonderbriefmarken zu den Themen „Friedensforschung" und „Frieden durch Abrüstung" herauszugeben?

86. Abgeordneter **Stiegler** (SPD)

Was ist die Ursache dafür, daß im Geschäftsbereich der Oberpostdirektion Regensburg in den Jahren 1980/81 unter 84 Beamten, die zum Aufstieg zur besonderen Verwendung nach den Vorschriften der Bundeslaufbahnverordnung zugelassen wurden, keine einzige Frau dabei war, und was wird die Bundesregierung tun, um bei künftigen Maßnahmen dieser Art den Frauen eine bessere Chance zu geben?

87. Abgeordneter **Schröder (Hannover)** (SPD)

Ist es nach Auffassung der Bundesregierung geboten und möglich, die Zustellung von Postsendungen insbesondere an Abgeordnete des Deutschen Bundestages zu verhindern, die neben Beleidigungen im Sinne des § 185 StGB im Anschriftenfeld mit neonazistischen Aufklebern wie z. B. „Ausländer Stop!" versehen sind?

88. Abgeordneter **Schröder (Hannover)** (SPD)

Wenn ja, bedauert die Bundesregierung, daß Sendungen mit derartigen Beleidigungen und Aufklebern zugestellt worden sind, und was gedenkt sie zu tun, um das abzustellen?

89. Abgeordneter **Böhm (Melsungen)** (CDU/CSU)

Wie hoch ist die Zahl der von den Behörden der DDR in den letzten drei Jahren an Absender in der Bundesrepublik Deutschland zurückgesandten Paketsendungen, und wie hoch war in diesen Jahren die Zahl der verlorengegangenen Paket- und Einschreibsendungen sowie die Aufwendungen der Deutschen Bundespost für den Ersatz dieser Paket- und Einschreibsendungen, die für Empfänger in der DDR bestimmt waren?

90. Abgeordneter **Paterna** (SPD)

Kann die Bundesregierung ihre Einschätzung der Bedeutung des Parlaments erläutern am Beispiel der Tatsache, daß der Bundespostminister wenige Tage nach Amtsantritt weitreichende Verkabelungspläne verkündet hat, die in grundsätzlichem Widerspruch zu einstimmigen Feststellungen und Erläuterungen der Enquetekommission „Neue Informations- und Kommunikationstechniken" stehen, deren Vorsitzender Dr. Schwarz-Schilling noch wenige Tage vorher war?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

91. Abgeordneter **Löffler** (SPD)

Welche Haltung nimmt die Bundesregierung gegenüber dem vom Berliner Senat verabschiedeten Strukturprogramm für neue Arbeitsplätze in Berlin im Hinblick auf Projekte des Bundesministeriums für Forschung und Technologie ein, die in diesem Rahmen nach Berlin geholt werden sollen?

92. Abgeordneter **Vosen** (SPD)

Was unternimmt die Bundesregierung zur Entwicklung von Reaktoren und Brennstoffkreisläufen, welche im Sinne einer Zwei-Zweck-Verwendung zur militärischen Plutoniumproduktion und zur zivilen Stromerzeugung schon allein technisch nicht nutzbar sind?

93. Abgeordneter **Herberholz** (SPD)

Ist die Bundesregierung in der Lage, den Inhalt der „risikoorientierten Analyse zum Schnellen Brüter“ des Instituts für Energie- und Umweltforschung zu bewerten, und wie sieht die Bewertung gegebenenfalls aus?

94. Abgeordneter **Catenhusen** (SPD)

Schließt die Bundesregierung aus, daß erbrütetes Plutonium aus dem wiederaufgearbeiteten Kern des Phénix-Reaktors (Brüter) in Marcoule/Frankreich – an dessen F+E-Programm die Bundesrepublik Deutschland beteiligt ist – militärischen Zwecken zugeführt wurde?

95. Abgeordneter **Leuschner** (SPD)

Sind der Bundesregierung Vereinbarungen zwischen RWE und EdF bzw. andere Vereinbarungen mit dem Betreiber bekannt, die sicherstellen, daß das in französischen Brütern erbrütete Plutonim, das für Waffenzwecke von höchster Qualität ist, nur für zivile Zwecke eingesetzt wird?

96. Abgeordneter **Leuschner** (SPD)

Ist im Rahmen der Wiederaufarbeitungsverträge über mehr als 2 000 Tonnen Kernbrennstoffen aus Leichtwasserreaktoren zwischen Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland gewährleistet, daß die dabei gewonnene Plutoniummenge von ca. 20 Tonnen direkt und indirekt ausschließlich der Atomenergienutzung im zivilen Bereich zugeführt werden?

97. Abgeordneter **Hoffmann (Saarbrücken)** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung das nicht zuletzt im CEA-Tätigkeitsbericht für das Jahr 1973 geäußerte Bestreben des französischen Atomenergiekommissariats, die Produktion strategischer und taktischer Atomwaffen zunehmend dadurch zu steigern, daß zur kostengünstigen Herstellung von Waffenmaterial die zivile Atomkraft genutzt wird?

98. Abgeordneter **Hoffmann (Saarbrücken)** (SPD)

Ist es zutreffend, daß die Bundesrepublik Deutschland im Rahmen ihrer 16prozentigen Beteiligung am Brüter „Super-Phénix“ verpflichtet ist, anteilige Mengen von Plutonium für die Beladung des Reaktors an Frankreich zu liefern?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

99. Abgeordneter **Marschall** (SPD)

Welche Auswirkungen auf die bisher erreichten Fortschritte zu mehr Chancengerechtigkeit für Kinder aus Arbeiterfamilien erwartet die Bundesregierung von der beabsichtigten weitgehenden Streichung des Schüler-BAföG?

100. Abgeordneter **Marschall** (SPD)

Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß die durch die Bundesbildungsministerin angekündigte Umorientierung der bisherigen Bildungspolitik auf eine Förderung der „wissenschaftlichen und praktischen Eliten" gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten dem notwendigen sozialen Konsens dienlich ist?

101. Abgeordneter **Kuhlwein** (SPD)

In welchem Umfang ist bisher von der Möglichkeit Gebrauch gemacht worden, die Darlehensschuld beim Studenten-BAföG durch Studienabschluß vor Ablauf der Förderungshöchstdauer zu mindern?

102. Abgeordneter **Kuhlwein** (SPD)

Geht die Bundesregierung davon aus, daß sich diese Zahl künftig wesentlich erhöhen wird angesicht der kurzbemessenen Förderungshöchstdauer?

103. Abgeordneter **Weisskirchen (Wiesloch)** (SPD)

Ist die Möglichkeit einer Minderung der Darlehensschuld durch einen Studienabschluß vor Ablauf der Förderungshöchstdauer in allen Studienfächern in Anspruch genommen worden, oder gibt es zwischen den einzelnen Studienfächern Unterschiede?

104. Abgeordneter **Weisskirchen (Wiesloch)** (SPD)

Wieviel Prozent der Schüler, deren Eltern ein anrechenbares Nettoeinkommen zwischen 1 800 und 2 000 DM haben, haben bei den von der Bundesregierung geplanten Kürzungen beim Schüler-BAföG künftig keinen Anspruch auf Förderung, und wieviel Prozent der Schüler sind es, deren Eltern weniger als DM 1 200 anrechenbares Nettoeinkommen haben?

105. Abgeordneter **Thüsing** (SPD)

Teilt die Bundesregierung die Sorge der Berliner Schulsenatorin Dr. Laurien, daß durch einen „Kahlschlag der Schülerförderung" praktisch in den städtischen Ballungsgebieten künftig kein Schüler-BAföG mehr geleistet wird, weil hier in aller Regel die Ausbildungsstätte in zumutbarer Entfernung zum Wohnort der Familien liegt, und hält die Bundesregierung angesichts dieser Sorge es für gerechtfertigt, die Schülerförderung weitgehend pauschal zu streichen, anstatt nach anderen Konzepten zu suchen?

106. Abgeordneter **Thüsing** (SPD)

Wie hoch schätzt die Bundesregierung die Zunahme der Lehrerarbeitslosigkeit in städtischen Ballungsgebieten ein, wenn durch die Streichung des Schüler-BAföG viele Familien aus existentiellen Gründen auf eine weitere qualifizierte berufliche Ausbildung ihrer Kinder verzichten müssen und damit ein gewaltiger Schülerrückgang zu erwarten ist?

107. Abgeordnete **Frau Schmidt (Nürnberg)** (SPD)	Wie hoch ist der prozentuale Anteil am Familieneinkommen bei Wegfall der Schülerförderung für eine Familie mit zwei Kindern in der Klasse 12 und 13 (Vater Alleinverdiener) mit einem Bruttoeinkommen inklusive Kindergeld von 2 100 DM?
108. Abgeordnete **Frau Schmidt (Nürnberg)** (SPD)	Wie hoch ist der prozentuale Anteil der entfallenen Förderung am Familieneinkommen bei einer Familie eines Industriearbeiters mit durchschnittlichem Einkommen von brutto 2 422 DM, ein Gymnasiast und ein Kind unter 15 Jahren, und wie hoch ist der prozentuale Anteil der entfallenen Förderung für eine Witwe mit der durchschnittlichen BVA-Witwenrente und einem Kind im Gymnasium?
109. Abgeordneter **Vogelsang** (SPD)	Welche Möglichkeiten sähe die Bundesregierung, die durch die Koalitionsvereinbarung auferlegte Sparauflage von 200 DM 1983 und 550 DM 1984 ohne Streichung der Förderung in den berufsbildenden Klassen und dem zweiten Bildungsweg zu sichern, und warum hat die Bundesregierung solche Alternativen nicht erwogen?
110. Abgeordneter **Vogelsang** (SPD)	Wie viele Schüler werden nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz durch den Gesetzentwurf der Bundesregierung zum Schuljahr 1984/85 gefördert, und wieviel Prozent weniger sind es an den beruflichen Schulen und an den allgemeinbildenden Schulen?
111. Abgeordnete **Frau Weyel** (SPD)	Wie hoch waren die Ausgaben, die in der mittelfristigen Finanzplanung des bisherigen Haushaltsentwurfs für die Schülerförderung vorgesehen waren, und welche Ausgaben sind in der mittelfristigen Finanzplanung des neuen Haushaltsentwurfs vorgesehen?
112. Abgeordneter **Austermann** (CDU/CSU)	In welchen Zeitungen erschien der Aufruf des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft am 12. September 1982 zur Verbesserung der Ausbildungsplatzsituation über die Veröffentlichung in den „Lübecker Nachrichten" hinaus?
113. Abgeordneter **Austermann** (CDU/CSU)	Welche Kosten sind dem Bundeshaushalt dadurch entstanden?

Bonn, den 5. November 1982

Druck: Buchdruckerei P. Meier GmbH, 5205 Sankt Augustin 1 - Buisdorf, Telefon (02241) 61071
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 200821, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (0228) 363551
ISSN 0722-8333